

**48 /PET-BR/ 2022**  
Eingelangt am: 12. MAI 2022

Stadtgemeinde Ferlach  
Kirchgasse 5  
9170 Ferlach



Empfänger  
An die  
Präsidentin des Bundesrates  
Mag.<sup>a</sup> Christine Schwarz-Fuchs  
Parlament  
1017 Wien

Datum: 25. April 2022  
Der Bürgermeister  
Telefon: 04227 / 2600 DW 18  
Fax: 04227 / 2311  
E-Mail: ferlach@ktn.gde.at

Betrifft: Petition gemäß § 25 GO-BR zum Thema „Nein zur geplanten Schließung  
zweisprachiger Bezirksgerichte in Kärnten“

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Anlage übermittle ich eine Petition gemäß § 25 GO-BR zum Thema „Nein zur  
geplanten Schließung zweisprachiger Bezirksgerichte in Kärnten“ mit der Bitte um  
geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Freundliche Grüße,  
Bürgermeister der Stadt Ferlach

(BR RgR Ingo Appé)





## Petition

### betreffend **Nein zur Schließung zweisprachiger Bezirksgerichte in Kärnten**

Erst 2019 war die Rede davon, dass fünf Kärntner Bezirksgerichte (Hermagor, Feldkirchen, Ferlach/Borovlje, Bad Eisenkappel/Železna Kapla-Bela und Bleiburg/Pliberk) geschlossen werden sollen. Die Gründe für die immer wieder aufflammende Diskussion in Bezug auf die Bezirksgerichte stehen im Zusammenhang mit Kosten für die jeweiligen Standorte. Nun dürfte sich die Diskussion zumindest um drei Gerichte erneut entzündet haben.

Für die Bevölkerung im Rosental würde eine Schließung des Bezirksgerichtes Ferlach/Borovlje weitere Wege bedeuten und somit längere Fahrzeiten, eine schlechtere Erreichbarkeit und sicherlich einen negativen Effekt für den ökologischen Fußabdruck nach sich ziehen.

Insgesamt wäre dies für die Menschen, die im ländlichen Raum leben, eine massive Verschlechterung des derzeitigen Angebots. Dabei ist klar, dass es hier nicht um Einsparung gehen kann, denn das Bezirksgericht Bad Eisenkappel/Železna Kapla-Bela wird ohnehin schon von Mitarbeiter\*innen der Bezirksgerichte Ferlach/Borovlje und Bleiburg/Pliberk mitbedient.

Es geht für uns als Vertreter\*innen der ortsansässigen Menschen und der slowenischen Volksgruppe, hier um bestes Service, die Mobilität der Bürger\*innen und die zweisprachige Gerichtsbarkeit, die es unbedingt zu erhalten gilt. Dezentralisierung lautet die Formel zum Erfolg, der auch im Bundesrat immer wieder in den Debatten das Wort geredet wird – ländliche Regionen müssen attraktiv bleiben, um der Landflucht entgegen zu wirken. In allen Bereichen des Lebens.

Aus diesem Grund wird die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Justiz aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Betrieb der zweisprachigen Bezirksgerichte in Ferlach/Borovlje, Bad Eisenkappel/Železna Kapla-Bela und Bleiburg/Pliberk bis auf weiteres und auch zukünftig hin sicherzustellen und somit dem Artikel 7 im Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich Sorge zu tragen.

Bgm.<sup>in</sup> Elisabeth Lobnik, Bakk.  
Bad Eisenkappel//Železna Kapla-Bela

Bgm. Stefan Visotschnig  
Bleiburg/Pliberk

Bgm. BR RgR Ingo Appé  
Ferlach/Borovlje